

Antrag I06: Feministische Außenpolitik

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Jusos Hessen-Süd (Bezirk Hessen-Süd · Nr. BZ-1)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Initiativanträge
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

1

2 **Einleitung/Analyse/Status Quo:**

3 Außen- und Sicherheitspolitik sind unabdingbar miteinander verbunden und besitzen für
4 alle Staaten eine hohe Relevanz. Dabei beschreibt die Außenpolitik insbesondere jede
5 Form von internationalen, staatsübergreifenden Interaktionen und Beziehungen.

6 Sicherheitspolitik ist deshalb unabdingbar, da kein Staat automatisch eine Garantie
7 auf Sicherheit hat, da es keine Institution mit Gewaltmonopol gibt. Daraus
8 resultiert, dass theoretisch jederzeit die Gefahr durch einen Angriff besteht, in
9 diesem Kontext verstehen wir daher Sicherheit, als Fähigkeit uns eigenständig oder
10 durch den Zusammenschluss mit Bündnispartner*innen militärisch zu verteidigen. In der
11 Realität für diese nicht vorhandene Garantie von Sicherheit und des Machtmonopols
12 dazu, dass staatliche Macht und Interessen der nationalen Sicherheit, in
13 Anarchiegleichenden Verhältnissen, mit Androhung von Gewalt oder wirtschaftlichen
14 Sanktionsmechanismen zu verteidigen suchen. Hierbei spielen immer wieder die Punkte
15 Dominanz und Unterdrückung eine zentrale Rolle, im Bereich der staatlichen
16 Verteidigung (sowohl nach innen, als auch außen) - häufig nicht ohne Hilfe von
17 Militär und Waffengewalt. Das Streben nach Dominanz und Unterdrückung mit allen
18 Mitteln, trägt eine zutiefst patriarchale Handschrift, die insbesondere der
19 Demonstration von Macht und Männlichkeit dienen.

20 Nicht zuletzt der grausame Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zeigt deutlich,
21 dass insbesondere großenwahnsinnige Männer, einen großen Hang dazu haben u.a. durch
22 Tatsachenverfälschung, die Souveränität anderer Staaten und damit deren Sicherheit
23 anzugreifen.

24 Während das Friedenskonzept der Sozialdemokratie im Zuge der Zeit des Kalten Krieges
25 insbesondere durch das Prinzip "Wandel durch Annäherung" geprägt waren und die
26 Europäische Union ihre Wertegemeinschaft zunächst durch "Frieden durch Handel"
27 aufgebaut hat, spielt(e) die Frage von internationaler Geschlechtergerechtigkeit und
28 dem Streben nach dem Abbau von patriarchalen Strukturen bisher eine viel zu geringe
29 Rolle. Während weiterhin die Prämisse gilt, dass Frieden durch wirtschaftliche
30 Beziehungen geschaffen und gesichert werden kann, wird das grundlegende System, das
31 den Frieden in Wirklichkeit bedroht nicht hinterfragt oder auch nur betrachtet.

32 Eine feministische Außenpolitik hingegen, erkennt die Notwendigkeit von
33 Geschlechtergerechtigkeit als zentrales Element für Frieden an. Das zentrale Ziel
34 dabei stellt die Überwindung von Gewaltverhältnissen und den dafür notwendigen Abbau

35 von patriarchalen Strukturen dar. Die feministische Perspektive auf Sicherheits- und
36 Außenpolitik erweitert den Blick, um die Fragestellung der Machtungleichgewichte,
37 sowie den Blickwinkel auf einzelne Individuen, Personengruppen und ihre Bedürfnisse.
38 Hierbei gilt es stets die Überwindung von struktureller Gewalt intersektional zu
39 betrachten. Zudem ist unser Verständnis des Sicherheitsbegriffs im Zusammenhang mit
40 Außenpolitik nicht allein auf die staatliche Sicherheit (mit der Möglichkeit zur
41 militärischen Verteidigung der staatlichen Souveränität) konzentriert, sondern
42 umfasst zudem die Fragen von medizinischer Versorgungssicherheit und
43 Klimagerechtigkeit. Feministische Außenpolitik stellt den Anspruch, mittels u.a. der
44 Überwindung von Hunger und Armut, im Sinne einer gemeinwohlorientierten,
45 demokratischen Zivilgesellschaft, das Recht auf Frieden durchzusetzen.

46 Bereits seit dem ersten internationalen Frauenfriedenskongress 1915 wurden die ersten
47 Forderungen nach einer feministischen Außenpolitik laut. Auch wenn damals überwiegend
48 Pazifistinnen zusammenkamen, so darf dennoch nicht der Fehler gemacht werden, das
49 Streben nach der Überwindung von struktureller Gewalt einfach mit einem
50 bedingungslosen Pazifismus gleichzusetzen. Obwohl u.a. die Vereinten Nationen vor
51 allem mit ihrer Resolution 1325 Handreichungen feministischer Außenpolitik
52 vorantreiben und sich damit dafür einsetzen mehr Rechte, Ressourcen, Repräsentanz und
53 gleichseitigen Schutz von Frauen, Mädchen und LGBTQI* weltweit stärken und
54 gesellschaftliche Diversität zu fördern, ist feministische Außenpolitik trotz
55 Bekenntnis im Koalitionsvertrages der Ampelkoalition, noch lange kein Selbstläufer.

56 Sowohl die Reaktionen auf die Ernennung von Anna-Lena Baerbock zur Außenministerin,
57 als auch die abwertende Reaktion des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz in der
58 Bundestagshaushaltsdebatte zum Thema feministische Außenpolitik zeigen deutlich, dass
59 noch ein weiter Weg vor uns liegt, bevor feministische Außenpolitik, in der nach wie
60 vor Männer dominierten Politikwelt, den notwendigen Stellenwert erhält.

61 Die aktuellen internationalen Debatten über die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie
62 und der Klimakatastrophe, sowie den Backlash im Bereich des legalen Zugangs zu
63 Schwangerschaftsabbrüchen, als auch nicht zuletzt die schrecklichen Berichte über
64 sexuelle Kriegsverbrechen an Frauen und Kindern durch russische Soldaten in der
65 Ukraine und die widerwertigen Angebote von zwielichtigen Männern an Ankunftsbahnhöfen
66 in Deutschland, zeigen, dass der Bedarf nach feministischer Außenpolitik groß ist.

67 **Feministische Sicherheitspolitik:**

68 Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass nachhaltiger Frieden eher gelingt, wenn
69 auch Frauen an den Verhandlungen beteiligt sind. Nicht, weil sie Frauen sind, sondern
70 weil sie Perspektiven einbringen, die ansonsten fehlen. Ein Negativ-Beispiel ist
71 Afghanistan: Die starke feministische Zivilgesellschaft war in den
72 Friedensverhandlungen nicht ausreichend repräsentiert und steht seit der
73 Machtübernahme der Taliban noch stärker unter Druck.

74 Auch die Thematik der weltweiten Abrüstung bleibt strittig in Anbetracht des
75 russischen Angriffes, aber würde es diese geben, dann gäbe es wahrscheinlich auch
76 keinen russischen Angriffskrieg. Militärische Stärke lässt sich nicht ignorieren,
77 deswegen ist es gut und richtig, die Ukraine auch militärisch zu unterstützen. Doch

78 wer sich langfristig auf eine gerechtere Welt zubewegen will, darf hier nicht
79 aufhören.

80 Denn auch das sollte mittlerweile klar sein: Krieg wird nicht nur mit
81 Marschflugkörpern, Kampfdrohnen und Panzern geführt. Seit 2008 erkennen die Vereinten
82 Nationen Vergewaltigungen in Konflikten als Kriegsverbrechen an. Man kann sich
83 fragen, warum das so lange gedauert hat. Denn es liegt auf der Hand: Es geht darum
84 Menschen zu brechen. Macht auszuüben – in Form von physischer und psychischer Gewalt.
85 Ob Frauen, Männer, nicht-binäre Personen. Krieg betrifft alle Menschen – aber eben
86 auf unterschiedliche Art und Weise.

87 **Deshalb fordern wir:**

- 88 • Legale und sichere Fluchtrouten (beispielsweise durch kostenlose Bahnfahrten)
- 89 • Waffenlieferungen auf ein Minimum reduzieren und nur für Staaten zur Verfügung
90 stellen, die unverschuldet in kriegerische Handlungen geraten sind, nur für
91 demokratische Staaten
- 92 • Internationale Verbände feministisch aufstellen und mit zusätzlichen
93 finanziellen Mitteln aus bundesweiten und internationale Fördertöpfen
94 unterfüttern
- 95 • Feministische Organisationen stärker finanziell unterstützen, insbesondere NGOs
96 die sich für Gleichberechtigung und Teilhabe einsetzen
- 97 • ~~NGOs keine westlichen Stempel aufdrücken, keine westlichen Grundsätze auf andere~~
98 ~~Länder übertragen~~
- 99 • NGOs keinen Stempel des Globalen Nordens aufdrücken und keine Grundsätze des
100 Globalen Nordens auf andere Länder übertragen
- 101
- 102 • Neubewertung von internationalen Bündnis- & Wirtschaftspartner*innen (z. B.
103 Katar)
- 104 • Verbot von Nuklearwaffen, weltweite Abrüstung
- 105 • Gewalt an Frauen und Kindern, insbesondere Vergewaltigung als Kriegswaffe härter
106 ahnden, Bewusstsein schaffen

107 **Globale Feministische Gesundheitspolitik:**

108 In der Satzung der WHO wird Gesundheit definiert als: „ein Zustand vollständigen
109 körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von
110 Krankheit oder Gebrechen.“

111 Im internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, den die
112 Generalversammlung der Vereinten Nationen 1966 verabschiedet hat, wurde festgehalten,
113 dass jeder Mensch das Recht auf das höchste erreichbare Maß an körperlicher und
114 geistiger Gesundheit besitzt. Den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale
115 und kulturelle Rechte haben 164 Staaten ratifiziert. Das beschriebene Recht
116 beinhaltet unter anderem den Zugang zu rechtzeitiger und erschwinglicher
117 Gesundheitsversorgung von hoher Qualität und ist eng verbunden mit anderen
118 Menschenrechten. Denn Krankheiten treten insbesondere dann ein, wenn andere Rechte

119 wie zum Beispiel das Recht auf Wasser, Nahrung, Bildung oder angemessene
120 Lebensstandards nicht erfüllt sind. Gleichzeitig stellt das Vorliegen von Gesundheit
121 eine essenzielle Grundlage dafür dar, dass eine Person am gesellschaftlichen,
122 wirtschaftlichen und politischen Leben teilhaben kann und andere Menschenrechte
123 wahrnehmen kann. Doch weltweit wird das Grundrecht auf Gesundheit von staatlicher
124 Seite nicht sichergestellt. So sterben täglich mehr als 8.000 Kinder unter fünf
125 Jahren an Krankheiten, die durch einfache und günstige Behandlungen vermieden oder
126 behandelt werden könnten. Gleichzeitig geraten etwa 100 Millionen Menschen pro Jahr
127 unter die Armutsgrenze, weil sie Gesundheitsleistungen aus eigener Tasche bezahlen
128 müssen. Hiervon sind insbesondere arme, marginalisierte oder diskriminierte
129 Bevölkerungsgruppen gefährdet. Selbst in Deutschland wird der Zugang zu
130 Gesundheitsversorgung für Teile der Bevölkerung nicht gewährleistet. Menschen ohne
131 Papiere/ohne legalen Aufenthaltsstatus, Geflüchtete, EU-Bürger*innen und Deutsche
132 ohne Krankenversicherung sind vom Regelsystem ausgeschlossen und haben oftmals keinen
133 Zugang zu rechtzeitiger und erschwinglicher Gesundheitsversorgung.

134 Auch liegt ein Zusammenhang der sozioökonomischen Situation und der Gesundheit vor.
135 Da FLINTA* überproportional finanziell arm sind, haben sie ebenso überproportional
136 häufig einen schlechten Gesundheitszustand.

137 Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass in der Gesundheitsversorgung noch immer
138 koloniale Verhältnisse aufrechterhalten werden, indem traditionelle Medizin selbst
139 bei nachweislicher Wirkung nicht anerkannt wird, zahlreiche Erkrankungen zu den
140 sogenannten neglected tropical diseases (NTDs; vernachlässigte tropische
141 Krankheiten) zählen und obwohl fast jeder Fünfte in der Welt unter ihnen leidet, sie
142 für die Erforschung und Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen dennoch nicht
143 von Bedeutung sind, eine ungleiche Verteilung weltweit von Medikamenten und
144 Impfstoffen wie in den vergangenen Jahren während der Covid-19-Pandemie zu
145 verzeichnen war. Zudem ist die Gesundheitsversorgung von Rassismus geprägt. So
146 sterben nachweislich Schwarze Frauen signifikant häufiger während der Geburt als
147 weiße. Indem zudem der Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen in
148 immer mehr Ländern erschwert oder sogar verboten werden und weibliche
149 Genitalverstümmelung geduldet wird, wird das patriarchale Machtsystem weiter
150 aufrechterhalten und ausgebaut. Hinzu kommt eine gravierende geschlechterbezogene
151 Datenlücke. Ein nicht zu verachtendes Problem stellt zudem die finanzielle
152 Ausstattung der WHO dar. Rund 80% der finanziellen Mittel der WHO stammen von
153 privaten Geldgeber*innen und nicht von der internationalen Staatengemeinschaft.

154 Ziel einer globalen feministischen Gesundheitspolitik ist:

- 155 • Keine Person darf negative Folgen bezüglich ihrer Gesundheit erleben, weil sie
156 aufgrund von Faktoren wie Geschlecht, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Klasse
157 diskriminiert oder schlechter behandelt wird.
- 158 • Der Ansatz globaler Gesundheitspolitik muss antirassistisch, feministisch und
159 intersektional sein und bei allen Bestrebungen die Dekolonialisierung
160 vorantreiben.

161

162 **Deshalb fordern wir:**

- 163 • Die echte Anerkennung und Sicherstellung des Menschenrechts auf Gesundheit der
164 internationalen Staatengemeinschaft
- 165 • Die Gewährleistung einer ausreichenden Finanzierung von Gesundheitsleistungen
166 weltweit.
- 167 • Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der WHO, damit sie ihre
168 Hauptaufgabe, die Bekämpfung von Erkrankungen und Förderung der allgemeinen
169 Gesundheit aller Menschen weltweit erfüllen kann.
- 170 • Berücksichtigung von Gender und Feminismus in der globalen Gesundheitspolitik.
171 Hierzu zählt
- 172 • Dekolonialisierung der globalen Gesundheitspolitik
- 173 • Eine verpflichtende Versorgung mit sexuellen reproduktiven
174 Gesundheitsleistungen, sodass eine adäquate Betreuung während der
175 Schwangerschaft vorliegt und Schwangerschaftsabbrüche weltweit sicher und legal
176 sind. Schwangerschaftsabbrüche müssen entkriminalisiert werden und als
177 Menschenrecht gelten.

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203 **Klimagerechtigkeit & Feminismus:**

204 Bei einer feministischen Betrachtungsweise von Sicherheits- und Außenpolitik darf das
205 Feld der Klimagerechtigkeit nicht fehlen. Der Begriff Klimagerechtigkeit beschreibt
206 dabei die gemeinsame internationalen Verantwortung, insbesondere der
207 Hauptverursacher*innen von Klimaschäden, sich für Klimaschutz einzusetzen, durch ihr
208 Handeln entstandene Schäden wiedergutzumachen und neue Schäden zu verhindern. Aus
209 unserer internationalistischen, (jung)sozialistischen und feministischen
210 Grundüberzeugung heraus ist es deshalb unsere Pflicht Klimagerechtigkeit als
211 intersektionalen Ansatz zu begreifen und als eine der Maximen unserer Außen- und
212 Sicherheitspolitik zu begreifen. Bei unserem Kampf für mehr Klimagerechtigkeit,
213 stehen genauso wie im Kampf gegen patriarchale und kapitalistische Strukturen
214 insbesondere ökonomische Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung zugrunde.

215 Es ist daher unsere Aufgabe als Jungsozialist*innen die Abhängigkeiten und das rein
216 auf den Nutzen und Verwendungszweck ausgerichtet System zuerkennen und Strategien zu
217 dessen Überwindung zu entwickeln. Denn neben der achtlosen Zerstörung unseres Planeten
218 getarnt durch Vertuschung und Abwälzen von Verantwortlichkeiten auf
219 Verbraucher*innen, im Begriff der sogenannten "Lösungssuche". Dies wird
220 Beispielsweise darin sichtbar, dass große Öl- und Energiekonzerne ihre Verantwortung
221 für eine bessere Öko- und CO2-Bilanz durch die Kampagne "Carbon Footprint" in den
222 individuellen Verantwortungsbereich der Endverbraucher*innen verschoben haben. Auch
223 die Verleugnung des Klimakatastrophen durch Aussagen, wie dass gar nicht die Umwelt,
224 sondern die moderne industrielle Gesellschaft, die von einem zutiefst patriarchalen
225 Bild von dominanter Männlichkeit geprägt ist, durch klimaschützende Maßnahmen
226 gefährdet sei. Diese Verleugnungsstrategie wird insbesondere von denjenigen
227 vorgetragen, die bereits durch frauenfeindliche Aussagen und Handlungen, bekannt
228 sind. Insbesondere in Ländern, in denen Gewalt an Frauen (u.a. Femizide)
229 weitverbreitet sind, ist die Leugnung der Klimakatastrophe besonders weit verbreitet.
230 Die zugrundeliegenden Weltanschauungen von Frauenhassern und Klimaleugnern zeigt
231 deutlich, dass eine gemeinsame gesellschaftliche Überwindung notwendig ist, um mit
232 dem Wandel des politischen und ökonomischen Systems sowohl die Klimakatastrophe
233 einzudämmen, als auch Frauenrechte weltweit zu etablieren.

234 Besonders deutlich wird die Betroffenheit von Frauen durch die Klimakatastrophe
235 außerdem, mit dem Blick einerseits auf die Anführerinnen der weltweiten
236 Klimabewegungen und andererseits auf die Verteilungslast der Auswirkungen der Schäden
237 durch die Klimakatastrophe nach Geschlecht. Während Fridays For Future und allen
238 voran Greta Thunberg die Klimakatastrophe seit 2019 in den Fokus westlicher Debatten
239 und Politik brachten, waren und sind es insbesondere Indigene Frauen und Women of
240 Color, die schon viel länger gegen Landraub, Vertreibung und Zerstörung ihrer
241 Lebensgrundlagen, teilweise unter lebensgefährlichen Umständen für ihre Rechte und
242 den Schutz der Umwelt protestiert haben. Um die Anführerinnen der Proteste und ihre
243 Mitstreiter*innen einzuschüchtern und verstummen zu lassen, kam es weltweit und
244 insbesondere in Südamerika immer wieder zu Verfolgung und Ermordung von (Klima-
245)Aktivist*innen. Eine entscheidende Rolle spielen dabei Repression und

246 Unterdrückungsstrukturen, teilweise durch das Erlassen sog. "Anti-Terrorgesetze", um
247 Aktivist*innen an ihren Protesten zu hindern. Häufig geht diese Repression mit
248 misogynen Beleidigungen, Herabwürdigungen, der Relativierung und Androhung von
249 Vergewaltigung und Genitalverstümmelung einher. Die Schnittmenge zwischen
250 konservativen, nationalistischen Kreisen, Klimaskeptiker*innen und Anti-Feministen
251 zeigt sich immer wieder deutlich. Als Jungsozialist*innen ist es deshalb an uns, die
252 klare Verbindung zwischen Frauenhass und Klimaleugnung zu erkennen und gemeinsam für
253 Klimagerechtigkeit und gegen das gesamte zugrunde liegende System zu kämpfen.

254 Gleichzeitig zeigt sich deutlich, dass die Auswirkungen der Klimakatastrophe nicht
255 alle gleichermaßen treffen. Während die Hauptverursacher in den großen
256 Industrienationen des globalen Nordens sitzen, sind es insbesondere Frauen im
257 globalen Süden/Süd-Osten, die am stärksten unter den Folgen leiden. So sind 80% der
258 vertreibenden Menschen durch die Klimakatastrophe Frauen, die auf ihrer Flucht der
259 Gefahr von geschlechterspezifischer Gewalt ausgesetzt sind, ohne dass eine direkte
260 Handhabung besteht, da die Klimakatastrophe laut der Genfer Konvention kein
261 anerkannter Fluchtgrund ist. Damit ist der Schutz, der Frauen, die vor der
262 Klimakatastrophe fliehen nicht von der Genfer Konvention abgedeckt. Dazu kommt, dass
263 insbesondere arme Frauen stärker von natürlichen Ressourcen abhängig sind, um ihre
264 Lebensgrundlage und Lebensmittelsicherheit sicherzustellen. Durch Auswirkungen wie
265 u.a. Naturkatastrophen verstärken sich bestehende Abhängigkeiten. Eine IUCN Studie
266 weist nach, dass die Klimakatastrophe und Umweltzerstörung, klar mit einem Anstieg
267 von Gewalt an Frauen in Verbindung zu bringen ist. So wird bspw. Die
268 Nahrungsmittelknappheit wird ausgenutzt, sexuelle Dienstleistungen von Frauen im
269 Tausch für Nahrung zu verlangen. Hinzu kommt, dass in den von der Klimakatastrophen
270 starkbetroffenen Ländern, häufig Frauen die Felder bestellen, nachdem ihre Männer
271 bereits geflohen oder gestorben sind. Bei Ernteaussfällen wird an die Frauen, jedoch
272 keine staatliche Entschädigung gezahlt, da sie häufig nicht das Recht haben, Land zu
273 besitzen. Im Gegenteil, sobald bekannt wird, dass Frauen ihre Felder ohne den
274 offiziellen "Besitzer" betreiben, laufen sie Gefahr Opfer von Landraub zu werden.

275 Darüber hinaus werden Katastrophenschutzplänen in der Regel lediglich auf
276 Tagesabläufe, Bedürfnisse und Voraussetzungen von Männern angepasst, wodurch bei
277 eintretenden Naturkatastrophen über proportional viele Frauen und Kinder sterben.

278 Doch muss eine nachhaltige Perspektive auf feministische Außenpolitik nicht nur die
279 Auswirkungen der Klimakatastrophe betrachten, sondern auch die Frage der
280 energetischen Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern, sowie autokratischen und
281 diktatorischen Staaten/Regimen. Um das patriarchale, kapitalistische System von
282 Abhängigkeiten und Größenwahn, hinter uns zu lassen, brauchen wir internationale
283 Standards als Kriterien für die Wahl von wirtschaftlichen Partnern. Insbesondere der
284 aktuelle russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt deutlich, dass die
285 energetische Abhängigkeit von einem nicht-demokratisch geführten Staat, der die
286 Grundwerte des Friedens und der Souveränität von Staaten mit uns teilt,
287 brandgefährlich ist und die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik im Notfall stark
288 eingrenzt. Anstatt im Sinne eines "weiter so" neue unbefristete Verträge für fossile
289 Energieträger mit anderen autokratisch geführten Staaten abzuschließen, braucht es

290 eine wirkliche Perspektive, um die energetische Unabhängigkeit der Bundesrepublik zu
291 gewährleisten.

292 **Deshalb fordern wir:**

- 293 • Die Aufnahme der "Klimakrise" in den Katalog für Fluchtursachen der Genfer
294 Konvention, damit insbesondere auch geschlechterspezifische Gewalt auf der
295 Flucht vor der Klimakrise anerkannt wird
- 296 • Weltweit geschlechtergerechte Bevölkerungs- und Katastrophenschutzpläne
- 297 • Die Internationale Zusammenarbeit sowohl an ökologische, als auch feministische
298 und Menschenrechts Standards koppeln – Gerechtigkeit als klare Voraussetzung für
299 ein friedliches, nachhaltiges weltweites miteinander (gerade kritisch nach
300 Gasverträgen mit Katar)
- 301 • wirtschaftliche Unabhängigkeit von autokratisch regierten Staaten – Frieden und
302 Sicherheit hängen weltweit vom Ende der Zerstörung und Ausbeutung des Planeten
303 ab. (nicht zuletzt Abhängigkeit von Russland als mahnendes Beispiel)
- 304 • Verbindliche internationale Agenda feministischer Sicherheit bei Auswirkungen
305 des Klimawandels (individuelle Sicherheit muss mit staatlicher und
306 zwischenstaatlicher Sicherheit zusammengedacht werden, damit Machtdynamiken
307 verstanden und hin zu mehr Gerechtigkeit verändert werden können.
- 308 • Mehr Forschung im Bereich der (internationalen) Politik mit Schwerpunkten auf
309 feministische Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit im Zusammenhang mit der
310 Klimakatastrophe

Begründung

erfolgt mündlich

Weiterleitung an:

Parteitag SPD Hessen-Süd, Parteitag SPD Hessen, SPD Bundesparteitag, Landeskonferenz Jusos
Hessen, Bundeskongress Jusos